

Südsudan - Politik folgt Kirchenforderung nach Schuldenerlass =

Bereits am Samstag hatte der österreichische Außenminister Michael Spindelegger an die Regierungen von Nord- und Südsudan appelliert, sich ihrer Verantwortung für Minderheiten - insbesondere für religiöse Minderheiten - bewusst zu werden. "Die Rechtsordnungen der beiden Staaten dürfen keine Schlechterstellung von Menschen aufgrund ihrer ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit zulassen", so Spindelegger in dem Schreiben, das zugleich die völkerrechtliche Anerkennung des neuen Staates durch Österreich zum Inhalt hatte.

Von Seiten der Bundesregierung nahm der ehemalige Verteidigungsminister Werner Fasslabend an den Unabhängigkeitsfeierlichkeiten im Südsudan teil. Er überbrachte das Schreiben des Außenministeriums an Staatspräsident Salva Kiir. Gegenüber der Austria Presse Agentur (APA) betonte Fasslabend außerdem die Notwendigkeit weiterer Hilfe für den Südsudan von Seiten der internationalen Gemeinschaft.

Dabei machte er sich laut APA auch die von der Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für internationale Entwicklung und Mission (KOO) formulierte Forderung nach einem Schuldenerlass für den Südsudan zu eigen. Um einen Neustart zu ermöglichen, sei ein solcher Schuldenerlass von großer Bedeutung.

Der Sudan ist mit 38 Milliarden US-Dollar verschuldet, Österreich ist mit 2,2 Milliarden Dollar (1,5 Mrd. Euro) drittgrößter Gläubiger des Landes.